

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30.— M., vierteljährlich 90.— M.

Anzeigen-Preise. Die Spalten 2 mm breite Zeile 7.— M., außerhalb S. 8.— M. Familien-Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsangeboten, längere Zeilen und Verträge die Zeile 5.— M. Tagesblätter laut Tarif. Unentgeltliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,20 M., Gannlogonummer 2.— M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle Marienstraße 33/40.

Druck u. Verlag von Pöschel & Reichardt in Dresden. Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schreibweise werden nicht ausbezahlt.

Lord George über die Reparationsfrage. Die neue Phase der Erfüllungspolitik.

Die Reparationsdebatte im englischen Unterhause.

London, 31. Mai. Im Unterhause eröffnete die Reparationsdebatte der Arbeiterführer Clynes. Er sagte, England sei der wahre Freund Frankreichs und wünsche von Herzen, dieser dauernd zu bleiben. Die Arbeiterklasse bewundere Frankreich und wünsche, daß diese Freundschaft aufrechterhalten werde. Es würde unglücklich sein, die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich...

Aber Fragen der Politik zu verheimlichen oder zu unterdrücken. Wenn Frankreich in einem Punkte der Politik, der nicht mit der englischen Auffassung in Übereinstimmung gebracht werden konnte, anderer Ansicht sei, so könnten dennoch beide Länder ihre verschiedenen Wege gehen, ohne dabei ihre Freundschaft aufzugeben. Sicherheit für Frankreich läge nur in der Durchführung dessen, was gefunden werden, was im Einklang mit dem Vorgesetzten sei. Man könne Deutschland vielleicht niederschmettern, aber dadurch würde man es für Deutschland weniger möglich machen, die geforderten Reparationen innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Zeit zu bezahlen. Einen großen Teil des Tabaks wegen der bestehenden Differenzen mit Frankreich treffe die britische Regierung, denn Frankreich sei durch die englischen Forderungen im Jahre 1918 irreführt worden. Diese Zahlen hätten Frankreich bei der Verfolgung einer verkehrten Politik ermöglicht. Clynes fragte, für welche Zeit die Ruhefrage...

aufgehoben worden sei durch die Vereinbarung, die in den letzten Tagen zwischen Frankreich und Deutschland durch die Reparationskommission erlangt worden sei, ob Großbritannien in irgendeiner Weise zur Teilnahme an einer weiteren Besetzung deutscher Gebiete verpflichtet sei und ob anlässlich der jetzt in Aussicht stehenden Regelung nicht der gegebene Augenblick gekommen sei, um die Zurückziehung der britischen und französischen Truppen aus dem besetzten Gebiete Deutschlands zu vereinbaren. Welche Einwände könnten gegen eine internationale Anleihe bestehen, wie sie vor kurzem von Deutschland vorgeschlagen wurde, um Deutschland in den Stand zu setzen, wenn auch nicht die gesamten Reparationen, so doch bestimmt einen großen Teil zu bezahlen? Können man dies nicht von Deutschland viel eher erlangen durch ein Übereinkommen oder durch ein Schiedsgericht als durch Anwendung von Gewalt? Eine Vereinbarung mit Deutschland innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft würde für alle Länder das Beste sein.

Keinverstoß erklärte bezüglich Rußlands, es habe keinen Zweck, zu versuchen, Rußland in die Gemeinschaft der Nationen zurückzubringen. Was Deutschland anbetreffe, so müßten die Reparationen bis zu dem Maße der Durchführbarkeit bezahlt werden. Wenn man wirklich die Lage Europas bessern wolle, müsse man alles anwenden, um die

Zurückziehung der Besatzungsarmee

zu erreichen, da sich diese Deere nicht als ein genügendes Mittel erwiesen hätten, um Deutschland zu zwingen, und da man stets mit einer neuen Okkupation drohen müßte. Die Besatzungsarmee haben bereits mehr verschlungen, als man von Deutschland erhalten habe. Jedermann, der die vermüllten Gebiete Frankreichs gesehen habe, könne sich nach ihrer Wiederherstellung. Wieviel von dieser Arbeit hätte jedoch bereits getan werden können, wenn das von den Besatzungsarmeen verschlungene Geld zu Wiederaufbauzwecken angewendet worden wäre. Wenn der Völkerbund zu einer Realität gemacht würde, wäre er eine viel bessere Verteidigung für Frankreich, als jeder Akt von Gewalt oder jedes militärische Bündnis.

Lord George

erklärte: Als die Diskussion vor einer Woche oder vor 14 Tagen erwartet wurde, sei die

Frage der Reparationen

etwas kritisch erschienen. Er wäre sehr erfreut, sagen zu können, daß die Spannung nachgelassen habe und daß die Angelegenheit anscheinend auf dem besten Wege sei, ausgeglichen zu werden. Die Reparationskommission habe gemäß dem Versailles Vertrag in Verbindung mit Vertretern der deutschen Regierung. Es seien Vorschläge und Gegenworschläge gemacht worden und die deutsche Regierung habe eine Antwort auf die letzten Anregungen der Reparationskommission überlassen. Die Reparationskommission erwäge diese Antwort. Aber er sei jetzt nicht in der Lage, sagen zu können, wie deren endgültige Entscheidung ausfallen werde. Die Kommission nehme nach dem Versailles Vertrag eine richterliche Stellung ein. Daher wäre er als Sprecher der britischen Regierung nicht berechtigt, ihr irgendeinen Vorschlag zu machen, hinsichtlich des Aufschubs, den sie einbringen sollte. Sie habe ihre Entscheidung noch nicht getroffen, aber er glaube, es könne angenommen werden, daß das kritische Aussehen, das die Reparationsfrage vor einigen Wochen hatte, augenblicklich vorüber sei. Unter diesen Umständen könne jede weitere Kennerung seinerseits zurzeit kaum dienlich sein. Möglicherweise würde sie sogar schädlich sein.

Er wäre nach seinem sehr kurzen Vortrage zufrieden gewesen, seine Rede zu beenden, aber Clynes nötigte ihn fortzuführen, da er nicht zufrieden damit gewesen wäre, einige Fragen zu stellen und seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen, sondern die ganze jegliche Schwierigkeit oder wenigstens einen großen Teil derselben gewissen bei der Wahl im Jahre 1918 gemachten Erklärungen aufschreiben. Es wird uns unterstellt.

Erwartungen in Frankreich hervorgerufen

zu haben, die wir nicht erfüllen können. Wenn tatsächlich irgendwelche Erwartungen hervorgerufen worden seien, so habe Frankreich jedenfalls nichts zu dem beigetragen, was bei der Gelegenheit gesagt worden sei. Er habe gesagt, es sei von einer Regierung nicht recht, falsche Hoffnungen bei der Menge zu erwecken. Er habe dann weiter gesagt, daß

die finanziellen Machthaber der Regierung nicht der Ansicht seien, daß Deutschland volle Entschädigung bezahlen könne, daß er aber keine Meinung darüber äußern könne, bevor nicht eine neue Prüfung aller Umstände stattgefunden habe. Mit Rücksicht auf frühere sei er geneigt, darzulegen, welches die Bestimmungen des Versailles Vertrages wären. Man hätte geglaubt, daß der Versailles Vertrag Deutschland Bedingungen auferlege. Das sei nicht der Fall. Er bestimme nur, daß die Reparationskommission den Gesamtbetrag der von Deutschland den Alliierten geschuldeten Summen festsetze. Man habe anscheinend geglaubt, der Versailles Vertrag lege Deutschland die Bedingung auf, daß die Reparationskommission den Gesamtbetrag der von den Verbündeten von Seiten Deutschlands zuzulegenden Summe festsetze und daß dann, wenn Deutschland nicht bezahle, die Verbündeten nach Frankfurt a. M. und Berlin marschieren sollten, um die Beiträge von Deutschland zu erzwingen. Das ist nicht wahr, und es war wichtig, daß das Publikum sich veranlagte, welches die genaue Worte des Vertrages seien.

Lord George ging nun daran, kurze Abschnitte des Vertrages anzuführen, um zu zeigen, welches die Aufgabe der Reparationskommission seien. Sie sollten hören, was die Deutschen zu sagen hätten, um abzuschätzen, was Deutschland zu bezahlen fähig sei, nicht mit einem Male, sondern von Zeit zu Zeit.

Deutschland hätte das Recht, zu sagen, daß es aus diesen oder jenen Gründen nicht bezahlen könne oder zu sagen, daß ist alles, was wir bezahlen können.

Die Reparationskommission hört die Aussagen an und urteilt dann danach. Das ist das Verfahren der Reparationskommission. Ich will nun nicht, fuhr Lord George fort, daß der Vertrag als so hart verstanden werde, daß er keine Rücksicht nehme auf die Verhältnisse in Deutschland, daß er nicht im geringsten auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit Rücksicht nehme. Das ist nicht der Fall. Alle diese Umstände sind im Vertrag vorgesehen. Was ich verlange ist nur, daß, wenn man über den Versailles Vertrag spricht, man diese Tatsache gerechterweise erwähnen müsse. (Bei Redaktionsabgang dauern die Verhandlungen an.)

Beipräfung der deutschen Antwortnote.

Paris, 31. Mai. Havas veröffentlichte eine offenbar offizielle Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparationskommission heute vormittag offiziell zusammentreten seien, um die gestern veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Beratungen vertraulich gehalten seien, schiene die Note vom 28. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht zu haben. Da ihre Prüfung im Laufe des Vormittags nicht habe beendet werden können, würden die Delegierten heute nachmittag wieder zusammentreten und vielleicht auch heute abend eine offizielle Sitzung abhalten, um sich über die Einzelheiten der nächsten an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen. Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilung des Berliner Kabinetts bekräftigt werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob angeht die deutschen Anordnungen das Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht auch genaue Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser nächsten Note der Reparationskommission werde vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen. (W. Z. M.)

Die Reparationsanleihe gesichert?

Paris, 31. Mai. Wie der „Matin“ meldet, hat Morgen den französischen Ministerpräsidenten besucht. Die Anleihe an Deutschland könne als gesichert gelten. Sie wird frühestens Anfang Juli zur Verfügung stehen. Morgen habe Poincaré angekündigt, daß die Anleihe zu vier Fünftel direkt den Alliierten anvertraut werden müsse.

Kriegsfeindliche Agitation im französischen Heere.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 31. Mai. Eine Untersuchung, welche das Parquet der Seine anordnete gegen eine Anzahl bekannter Revolutionäre, hat ergeben, daß seit einigen Monaten eine ausgebreitete Agitation in den verschiedenen Kasernen und außerhalb derselben bei den Soldaten betrieben wurde, um sie zu einer Meuterei zu veranlassen, wenn von ihnen verlangt würde, daß sie an weiteren Kriegen gegen Deutschland teilnehmen sollten. Der Verd der Bewegung soll sich im Zentralbureau der revolutionären Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer befunden haben, wo eine Hausdurchsuchung abgehalten wurde. Die Führer sind, soweit sie entdeckt werden konnten, verhaftet. In einigen Kasernen wurden Broschüren gefunden, in denen den Soldaten vorgeschlagen wurde, daß sie im Einverständnis mit der ganzen Welt handeln würden, wenn sie den Militärischen nicht mehr folgten, falls diese nach Deutschland marschieren würden.

Einstellung der französischen Besatzungs-vorbereitungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Paris, 31. Mai. In einer Sitzung des Ministerrats, die am 28. Mai morgens stattgefunden hat, sind die vom Kriegsminister erteilten Befehle und Vorbereitungen für eine Ausdehnung der Besetzung im Rheinlande rückgängig gemacht worden. Der Beschluß des Ministerrats lautete dahin, daß die bereits abtransportierten Truppenverbände bis auf weiteres an den Orten verbleiben sollen, wo sie sich befinden. Die noch vorzulegenden Transporte haben zu unterbleiben. Die Truppen der aktiven Regimenter sind, wenn keine Gegenbefehle erfolgen, ab 2. Juni in ihre Garnisonen zurückzubringen. Dieser Ministerratsbeschluß darf in dem Sinne ausgelegt werden, daß im französischen Kabinett keine Mehrheit mehr vorhanden ist, welche die Pläne Poincarés unterstützt. Von diplomatischer Seite wird der Beschluß auf das Ergebnis der Generalratsitzung in Wien zurückgeführt, das seine Wirkungen bereits in der Kammer ausübt.

Nach zweimaligem Schiffsbruch segelt die deutsche Regierung auf einem mühsam zusammengepöckelten Floß wieder mit einem riesigen hoffnungsgelächerten Segel auf dem Sturm bewegten Meer der Erfüllungspolitik. Im November vorigen Jahres brach mit der Erklärung unserer Zahlungsunfähigkeit das erste, unter dem Wirklichen Namen „Arbeit durch Arbeit“ gebaute Holz- und hoch innerlich moralische Reparationsboot zusammen, weil das politische Nachwort den Stürmen der Wirklichkeit, der mißhandelten wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht gewachsen war. Im März scheiterte das Promissorenboot an dem Vernichtungswillen Poincarés, und heute wehrt sich der Reichstag nicht gegen den neuen Schicksal, obwohl er mit großer Mehrheit im März der Regierung lediglich insofern ein neues Mandat gab, als er ausdrücklich nur die abschließende Haltung der Regierung in der Frage der neuen Steuern und der Finanzkontrolle genehmigt hat! Tadel bilden eine weitere unübersehbare Zerrleiste und die Preisgabe der deutschen Finanzkraft die Kernpunkte des neuen freiwilligen Reparationsangebots der deutschen Regierung. Wie ist das möglich? Offenbar nur dadurch, daß man die Wirt-Anhänger einer klaren Stellungnahme entthront und dem Volk eine derartig lächerliche Komödie inszeniert, wie es in diesen Tagen im Reichstag geschehen ist.

Die Volkvertretung hat den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen abgelehnt, und wer beschließen genug ist, mag aus dieser Tatsache ein indirektes Vertrauensvotum herauslesen. Das ist bei uns üblich, scheint aber auch in anderen Demokratien Mode zu werden; denn Lord George hat den Fortbestand seiner Regierung auch auf derartigem indirektem Wege gesichert. Aber bei uns wird es ein Possenspiel, weil man die Frage, die heute einzig und allein zur Beratung stehen kann, systematisch ausgeschaltet hat. Der Reichsminister spricht nur über Genna, und niemand will ihm aus seiner dortigen Haltung einen Trick drehen. Tadel ist heute in immer bei uns die Reparationsfrage die Endlosfrage. Sie aber wird mit dem Hinweis auf die schwebenden Verhandlungen abgetan. Die Note an die Reparationskommission, die die Grundlage für die neue Reparationspolitik bildet, ist bereits am Montag vormittag übergeben worden, sie hätte daher bei rechtzeitiger Veröffentlichung den Kern der Sache dessen positiven politischen Ansprache im Reichstage bilden müssen. Aber die Regie arbeitet. Inszeniert eine Nichtveröffentlichung der Note, angeblich auf Grund von Entenwünschen, für die gar kein Grund vorliegt, spielt das Theater von geheimnisvollen Entenrückfragen und verhindert damit eine Stellungnahme der an die Ausführentreue gebundenen Parteien. Weiserhaft und doch so lässlich. Man könnte das intrigant nennen. Ausgerechnet in dem Augenblick aber, in dem die politische Ansprache im Reichstage geschlossen ist, da niemand mehr zur Sache sprechen darf, erscheint am Dienstag abend die Note im Wortlaut. Viel weitergehend als man es vorher annehmen konnte, besonders in der so lange vollkommen verschwiegenen Frage der Finanzkontrolle. Die Note wird aber trotzdem noch rechtzeitig genug bekannt, um die auf Mittwoch vertagte Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag dem Unerwarteten als eine Billigung der neuen Reparationspolitik durch den Reichstag erscheinen zu lassen. Ein Spiel, über das jedes weitere Wort der Kritik überflüssig ist. Der Mißtrauensantrag ist abgelehnt. Niemand fragt danach, wie er gelaufen hat, berücksichtigt, daß wegen der Geheimnisträuerei der Regierung nicht die schließliche Haltung Wirths in der Reparationsfrage, sondern nur die Art, wie die Verhandlungen in Paris geführt wurden, zur Entscheidung stehen konnte. Zweifellos wäre es dem Zentrum und den Demokraten bitter schwer gefallen, ihre Zustimmung zu der neuen Steuerlast und der Finanzkontrolle auszusprechen, nachdem sie beides im März noch kategorisch und mit Entrüstung abgelehnt hatten. Parteien können mit Rücksicht auf ihre Wählerchaft nicht in wenigen Tagen so stark umfallen, wie es der politische Verhandlungsminister Wirth im Hermes-Konflikt tat, können ihre grundsätzliche Mißbilligung nicht mit Rücksicht auf eine „Ueberstimmung“ ins glatte Gegenteil verkehren. Wie schwer das ist, selbst wenn man noch so gern Wirth durch die dick und dünn folgt, zeigt die wenn auch in der Form gedundene, so doch in der Sache recht mißbilligende Haltung des „Berliner Tageblattes“ und anderer Regierungsblätter gegen die deutschen Jugendskandale. Man bewahrt dem Ministerium Wirth so gern die Gefolgschaft, möchte aber eine klare Stellungnahme im Reichstage vermeiden, und so kommt dann so ein Wechselbalg von indirektem Vertrauensvotum heraus, auf dessen trügerischer Grundlage die Reichsregierung ihren neuen Erfüllungsfeldzug aufbaut, in der Hoffnung, daß die vorläufig so märchenhafte Anleihe später eine bessere Plattform schafft.

Die Auslandsanleihe in „angemessener Frist“ ist die schäufstern angeführte Voraussetzung für den neuen Erfüllungswahnsinn, auf der sich die neuen Angebote aufbauen, Verpflichtungen, die aber zweifellos auch bestehen bleiben und durch „Sanktionen“ erzwungen werden sollen, wenn diese Anleihe entweder gar nicht kommt oder, wie es scheint, einen Tropfen an den heißen Stein bedeuten wird. Was wir versprechen, ist eine gewalttätige Einstellung der Inflation, eine wirtschaftliche Umwälzung, wenn man bedenkt, daß wir eine passive Zahlungsbilanz von drei bis vier Milliarden Goldmark jährlich haben; denn wenn nicht dieses Passivsaldo durch bare Geldgaben des Auslandes direkt oder durch deutsche Warenexporte indirekt ausgeglichen wird, so bleibt es unerfindlich, wie wir die Postul-

Die Reparationsmanöver der Regierung.

Sergis Erklärung zum deutschnationalen Mißtrauensantrag im Reichstag.

Ablehnung des Antrags gegen die beiden Volksparteien und die Kommunisten.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Mai. Im weiteren Verlauf der Sitzung erledigte der Reichstag in zweiter Lesung die Gelegenheitsfrage über die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung, die Grundlöhne bei den Krankenkassen und die Wohnhilfe und Wohnsicherung.

Die Regierung hatte beantragt, das krankenkassenpflichtige Einkommen von 4000 auf 5000 Mk. zu erhöhen. Der Ausschuss schlägt eine Erhöhung auf 7000 Mk. vor, was vom Reichstag beibehalten wird. Die Vorlage wird auch im übrigen in der Ausschussfassung angenommen. Es folgt die zweite Beratung eines Gelegenheitswunsches, der von allen Parteien eingebracht ist. Darin wird die Reichsregierung ermächtigt, im Falle des Bedarfs mit Zustimmung des Reichstages und des Ausschusses des Reichstages für soziale Anlagengelder.

1. Die Grenzen für die Versicherungspflicht und Versicherungsbeiträge und die Höchstgrenze für den Grundlohn in der Krankenversicherung.
2. Die Geldbeträge in der Wohnhilfe und Wohnsicherung.

3. Die Geldbeträge im Sinne des Gesetzes über Rendemen von Geldbeträgen und der Unfallversicherung und der Jahresarbeitsverdienste im Sinne des Gesetzes über Zulagen in der Unfallversicherung.

4. Das Maß der Unterstützung im Sinne der Gesetze, über Notstandsmaßnahmen, wie zur Unterstützung von Rentnempfangern der Invaliden- und Anhaltensversicherung zu ändern und die erforderlichen Uebergangsvorschriften zu erlassen.

Ein gemeinsamer Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten fordert eine teilweise Umgestaltung der Anhaltensversicherung entsprechend der Rentenversicherung. Abg. Andre (Zentr.) verweist darauf, daß in der Anhaltensversicherung die Versicherungsbeiträge von 20000 auf 100000 Mk. erhöht werden soll, so daß alle Angehörten mit einem Jahreseinkommen bis einschließlich 100000 Mk. unter die Anhaltensversicherung fallen. Ferner sind vier neue Pensionsklassen auf die bisherigen aufgesetzt worden. Der Antrag wird unverändert angenommen.

Eingegangen ist eine unabhängige sozialistische Interpellation, die Auskunft von der Regierung über die Pariser Verhandlungen fordert. Sie wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. — Präsident Voigt teilt mit, daß der Reichstag sich mit dem Antrag Becker-Olsen beschäftigt hat, eine Aussprache über die Antwort der Regierung an die Reparationskommission herbeizuführen. Das Haus soll die Entscheidung treffen. — Eingegangen ist ein Antrag Crispian (L. S.), in eine Sitzung sofort einzutreten, wenn der Reichskanzler weitere Mitteilungen über die Ausführung der Note machen könne. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist der Antrag Becker-Olsen erledigt. — Es folgt dann die Abstimmung über das deutschnationale Mißtrauensvotum.

Vorher erklärt Abg. Crispian (L. S.): Der Antrag der Deutschnationalen Volkspartei erwähne mit keinem Worte die von der Regierung abgegebene Erklärung. Er vertritt dadurch die nationalpolitischen Agitationsbedürfnisse (Laden rechts) der Vertreter jener am 9. November 1918 geschlossenen Mächte, die für den Krieg und den Versaillesvertrag voll verantwortlich seien. (Laden und Juraus.) Seine Freunde schätzen den deutschnationalen Antrag ab, weil sie den demokratischen Ziele derselben weder direkt noch indirekt förderlich leisten wollten. Sie behielten sich vor, die Regierung über die Fortführung der Reparationspolitik zu interpellieren, um dann zu dem Verhalten der Regierung Stellung zu nehmen.

Abg. Bergt (D. N.) gibt folgende Erklärung ab: Das Mißtrauensvotum hat die bekannte Fassung erhalten, weil die von der Regierung in der Reparationsfrage vorbereitete Note weder im Reparationsausschuss noch in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden kann. Inzwischen ist die Note veröffentlicht und dadurch klar geworden, weshalb die Regierung sich geäuert hat, den Wortlaut vorher bekanntzugeben. Sie wollte dem Reichstag verhindern, dazu Stellung zu nehmen, und es vermeiden, ein Mißtrauensvotum vom Reichskanzler zu verlangen. Die Note enthält gegenüber dem bisher bekannt gewordenen Inhalt weitere unheilvolle Zugeständnisse, sowohl durch die grundsätzliche Annahme der von der Reparationskommission geforderten Nachprüfung, als durch die Anerkennung bestimmter, mit der Souveränität Deutschlands völlig unvereinbarer Einzelbestimmungen. Dadurch erhält unser Mißtrauensantrag erhöhte Bedeutung. Die Regierung hat die Rechte der Volksgewalt von neuem schwer verletzt. Wer ernsthaft will, daß die Reichsregierung auf ihrem unredlichen und verhängnisvollen Wege nicht weiter fortschreite, wer will, daß in Paris die unglückliche Erfüllungspolitik nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, muß durch die Annahme unseres Antrages die Regierung befehlen lassen (Lebh. Zustimmung rechts), die diese Politik führt. Darüber müssen die unerbürten Annahmen der neuen Eisenbahngerechtigungsnote auch dem Hindesien die Augen öffnen. Durch die Annahme unseres Antrages muß der Weg für eine völlige Umstellung unserer auswärtigen Politik freigemacht werden.

Abg. Becker-Olsen (D. Sp.) gibt folgende Erklärung ab:

Heute morgen ist die Antwortnote der Regierung an die Reparationskommission vom 30. Mai durch die Presse bekannt geworden, nach der die deutsche Regierung u. a. anscheinend einer weitgehenden fremden Finanzkontrolle grundsätzlich zustimmt. Wir halten eine solche Finanzkontrolle für unvereinbar mit der Würde des Deutschen Reiches. Da es uns durch Beschluß des Reichstages unendlich gemacht wird, unsere Auffassung in dieser Richtung genauer darzulegen, bleibt uns als Widerspruch dagegen nichts anderes übrig, als nunmehr dem Antrag Oerdt zuzustimmen. (Stürmischer Beifall rechts.) — Abg. Hülsen (Komm.) stellt fest, daß allerdings die Ansicht der Deutschnationalen eine andere sei als die der Kommunisten. (Große Heiterkeit.) In allen Parlamenten komme es aber vor, daß die Fraktionen von rechts und links zusammengehen. Eine Vettengenossenschaft könne man das trotzdem nicht nennen. Vor dem Lande müssen Proteste erhoben werden gegen die Art und Weise, wie in der deutschen Republik die demokratischen Grundzüge mit Füßen getreten werden. Daher würden die Kommunisten für den deutschnationalen Mißtrauensantrag stimmen. (Lebhafter irrischer Beifall bei der Mehrheit.) — Abg. Reicht (D. Sp.) erklärt, daß seine Fraktion das Mißtrauensvotum ablehne. Daraus sei aber kein Präjudiz geschaffen, bezüglich ihrer Haltung gegenüber der Regierung.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten abgelehnt.

(Beifall bei der Mehrheit.)

Präsident Voigt stellt fest, daß die Tagesordnung erschöpft ist und beraumt die nächste Sitzung an für den 1. Juni mit der Tagesordnung: Vorlage zum § 18 der Reichsverfassung. Falls entsprechend dem Antrag Crispian vorher eine Mitteilung des Reichskanzlers eingeht, würde, solle eine Sitzung früher abgeräumt werden. — Schluß 2 1/2 Uhr.

Ausbreitung des Unflands in Oberschlesien.

Breslau, 31. Mai. Der deutschen Bevölkerung im polnisch wohnenden Teile Oberschlesiens hat sich infolge der polnischen Ausschreitungen in Katowitz eine sehr große Verunsicherung bemächtigt. Die internationalisierte Kommission hat auf die Verstellungen des deutschen Bevollmächtigten Maßnahmen zum Schutze der Deutschen angefaßt. Bis her sind aber wirkliche Maßnahmen nicht ergriffen worden. In der Stadt Katowitz selbst ist die letzte Nacht zwar ruhig verlaufen, dagegen liegen aus dem Landkreis Katowitz beunruhigende Nachrichten über Terrorakte der Polen gegenüber der deutschstämmigen Bevölkerung vor. Die Karotten sind auch auf den Kreis Radzisz übergesprungen, aus dem ebenfalls Meldungen über Terrorakte der Polen gegen deutsche Beamte vorliegen.

Berlin, 31. Mai. Wie das „Aller-Abendblatt“ berichtet, wird die Lage in Oberschlesien immer bedrohlicher. Man wolle für die deutschstämmige Bevölkerung in dem jetzt polnisch wohnenden Teile Oberschlesiens das Schlimmste befürchten. Alle Anzeichen lassen erkennen, daß die Polen eine umfassende terroristische Kampagne vorbereiten, die die Verdrängung des Deutschstums zum Ziele hat. Es sei unverständlich, daß wahrheitsgemäß nach Warschau Befehl schon jetzt das Deutschstum in den polnisch wohnenden Gebieten auszureißen werden solle. Man werde in Oberschlesien genau so verfahren, wie seinerzeit in Polen und dem polnisch gewordenen Teilen Ost- und Westpreußens. Die allenthalben erlassenen polnischen Aufrufe seien Signale an die polnischen Terrorbanden, gegen die Deutschen loszuschlagen. Die internationalisierte Kommission habe bisher noch keine Miene gemacht, die deutsche Bevölkerung gegen das polnische Terrorregiment zu schützen.

Die häufige Verwallung Polnisch-Oberschlesiens

Breslau, 31. Mai. Der Warschauer „Kuriers Posnanski“ macht Angaben über die autarkische Organisation der Verwaltung und Rechtspflege Polnisch-Oberschlesiens. Danach soll sofort das Eisenbahn- und Postwesen den Warschauer Zentralbehörden unmittelbar unterstellt werden. Für die Industrie und Handelsverwaltung ist als Zentrale ein besonderes ober-schlesisches Departement beim Ministerium für Handel und Industrie in Warschau gebildet worden. Auch das Gerichtswesen wird der Kompetenz des ober-schlesischen Volldivisionsrates unterstellt werden. Ein Appellationsgericht für das ganze Gebiet soll in Katowitz errichtet werden.

Entschließungen des Deutschen Landwirtschaftsrats.

München, 30. Mai. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat Entschließungen angenommen, in denen darauf hingewiesen wird, daß er sich einmütig auf den Boden des Hilfswertes der Deutschen Landwirtschaft stellt, aber auch darauf aufmerksam macht, daß die Erneuerung der Getreidenulage für 1922/23 die Durchführung des Hilfswertes aus äußerer Erschwern, wenn nicht unzumutbar machen würde. Die Getreidenulage in der vorliegenden Form bedeute eine ungerechte Sonderbesteuerung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft empfehle die Beschaffung einer Getreidezölle im freien Verkehr zum Marktpreis. Der Reichs-ernährungsminister sehr verteidigte die Haltung der Reichsregierung in der Frage der neuen Umlageerhebung. Es sei zu bedenken, daß man neuer eine wesentlich leichtere Ernte bekommen werde und daß es überhaupt schwer fallen würde, die Brotversorgung durchzuführen, da eine härtere Spekulation denn je mit Brotgetreide eintreten werde. Daher drohe der allgemeinen Brotversorgung große Gefahr. Die Reichsregierung habe sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß zur

Sicherung der Brotversorgung das Getreide in gleicher Menge wie im Vorjahre erfaßt und der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erteillichen Preisen zur Verfügung gestellt werden müsse. Bei den Verhandlungen der Reichsregierung habe er seinen Zweifel gefaßt, daß die Preise für das Umlagegetreide die Erzeugungskosten decken müßten. In dem Entwurf der neuen Getreideverordnung würden Bestimmungen festgelegt werden, die die Möglichkeit bieten, den Preis der mit Marktbrot zu versorgenden zu beschränken. Er werde bestrebt sein, alle Ungerechtigkeiten zu beseitigen, und sein Programm nicht auf der Zwangswirtschaft, sondern auf Produktionsförderung aufzubauen.

Schiedspruch im Buchdruckergewerbe.

Berlin, 31. Mai. Die Lohnunterschiede im Buch- und Zeitungs-gewerbe sind gestern durch einen Schiedspruch im Reichsarbeitsministerium beigelegt worden. Durch den Schiedspruch sind den Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeitern dieselben Zulagen wie für den Monat Mai zugesprochen worden. Wie uns gemeldet wird, ist der Schiedspruch von beiden Parteien angenommen worden. Die Druckpreise erhalten durch diese erneute Lohnerhöhung eine weitere Steigerung um 25 Prozent. (W. Z. B.)

Die Programmrede des neuen österreichischen Bundeskanzlers.

Wien, 31. Mai. Im Nationalrat hielt der neu-gewählte Bundeskanzler Seipel seine Programmrede, worin er erklärte, daß er ebenso, wie seinerzeit Lammasch, der letzte Ministerpräsident im alten Österreich, dessen Kabinett er angehört habe, es aus verantwortlichen Gründen nicht gewagt habe, das ihm übertragene Amt abzulehnen, weil er hoffe, im Vertrauen auf Gott und im Verein mit seinen Ministerkollegen dem Vaterland in den heutigen ersten Zeiten ein wenig nützlich sein zu können. Wenn es möglicherweise Mißtrauen erregen könnte, daß ein gewesener kaiserlicher Minister Bundeskanzler der Republik geworden sei, so erinnere er daran, daß er in das Kabinett Lammasch eingetreten sei, um an dem demokratisch-förderlichen Gedanken des alten zusammengebrochenen Staates mitzuarbeiten. Als es sich dann nach dem Zusammenbruch darum gehandelt habe, für das Volk ein neues Dach zu zimmern, habe er dann mitgearbeitet und dabei habe er die Not des Volkes kennen gelernt, das man aus den alten Staats- und wirtschaftlichen Verbindungen herausgerissen habe, ohne ihm, allen Proklamationen vom freien Selbstbestimmungsrecht zum Trotz, zu gestatten, in neue einzutreten.

Ein tschechisch-jüdisches Bündnis.

London, 31. Mai. Die „Morning Post“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß ein formeller Bündnis-pakt auf eine beträchtliche Reihe von Jahren innerhalb der nächsten Tage zwischen den Regierungen der Tschechoslowakei und Südbawariens abzuschließen werde. Dieser Pakt solle die Entente, die augenblicklich zwischen beiden Ländern bestehe, zu einer viel engeren Union verwandeln. Es werde zuverlässig erwartet, daß Rumänien sich diesem Pakt bald anschließen werde. Technisch gesprochen, bestehe der augenblickliche Pakt außer halb der kleinen Entente, der er in seiner Weise in die Quere komme. Sobald jedoch Rumänien dem Pakt beitrete, werde aus der kleinen Entente ein Dreieck. Die Genueser Konferenz enthalte auch die Tatsache, daß eine enge Interessengemeinschaft in den internationalen Fragen zwischen der kleinen Entente und Polen bestehe. Man sei auch der Ansicht, daß Österreich sich vergangenwärtigen werde, das sein Schicksal mit dem kleineren mitteleuropäischen Staaten verknüpft sei, und vielleicht später ebenfalls dem Bündnis beitreten werde. Das neue Bündnis habe einen reinen Verteidigungscharakter.

tät anders ausgleichen sollen als durch Inflation. Die Auslandsanleihe dürfte aber, da sie anscheinend zu vier Fünfteln zur Abdeckung der baren deutschen Zahlungsverpflichtungen von 750 Goldmarken jährlich dienen soll, nur einen geringen Teil des Defizits decken, wogegen der andere größere Teil ohne Inflation nur durch Preisgabe der ohnehin schon unabweisbar geschwächten Substanz gedeckt werden könnte. Das und die Unmöglichkeit des wirtschaftlichen Werts, die durch politische Notwendigkeiten nicht aus der Welt geschafft werden. Und was die Erfüllungspflicht Wirtch und Rathenau, zu denen sich noch in hervorragendem Maße Fernies gestellt, an neuen Terminen aufbauen, sieht wahrscheinlich nicht als ein erster Schritt zum Abbau der Politik der Termine aus, die Dr. Wirtch als den Tod jedes Volkes bezeichnet hat. Als Normalstand unserer ungedeckten Schuld soll der vom 31. März dieses Jahres gelten. All die ungedeckten Ausgaben der beiden letzten Monate, die man mit 18 Milliarden Mark auf seinen Fall zu hoch beaufschlagt, müssen also, ebenso wie die kommenden des Juni, durch neue Einnahmen sichergestellt werden, und am Ende eines jeden Monats, erstmalig am 30. Juni, soll die Reparationskommission teilnehmen, um wieder der Normalstand der schwebenden Schuld überprüften ist. Die Regierung stellt sich nun eine Frist von drei Monaten, um dieses Mehr an Ausgaben durch Herabsetzung der niedrig veranschlagten Einnahmen, durch Kredite oder durch neue Steuern zu decken. Die Herabsetzung an Einnahmen sind aber nur so lange vorhanden, als die Wertentwicklung fortgeschritten, sie hören auf, wenn die Kaufkraft der Mark nicht weiter sinkt oder gar steigt. Inlandskredite werden nach der Zwangsanleihe ausnahmslos sein, zumal sich durch Einschränkung unserer Zahlungsmittel die Kreditnot bis zur Krise steigern müßte. Zudem laßt sich die veranschlagte Zwangs-anleihe, die mit einem Ergebnis von etwa 100 Milliarden in diesem Jahre die Voraussetzung der Entlastung bildet, im nächsten Jahre nicht wiederholen. Kurzfristige Auslandskredite, die die Regierung nach einer Pariser Meldung in Holland bereits anstreben soll, können — das haben die Auslandskredite zur Aufbringung der ersten Goldhilfe mit erschwerender Zurückhaltung dargelegt — wegen der schlechteren Bedingungen unterer Lage nur verhältnismäßig, und so bleibt letzten Endes nur der Weg der neuen Steuern, die einzutreiben der Regierung besonders in letzten wirtschaftlichen Rückschlag kaum möglich sein wird. Wenn also die Reparationskommission die Note annimmt — und man hat keinen Grund, an der Tatsache zu zweifeln —, so ist das ein klares, was die Regierung erreicht hat, ein Aufschub des letzten Verfalltermins bis zum 1. Oktober und eine allmonatliche Wiederholung dieser Termine mit all den drohenden Sanktionsmaßnahmen, denen man sehr vorübergehend ausweicht. Am 30. Juni wird die Reparationskommission zum ersten Male die Summe feststellen, um die wir den Normalstand der schwebenden Schuld überprüften haben, und nach drei Monaten wird sie wieder in Berlin ankommen, um den Wechsel vorzuliegen. Allmonatlich wird sich dieser Vorgang wiederholen und den Regierungsführern die Angst ins Gewissen fahren lassen. Die fürchterliche Not kommt somit werden durch eine unumkehrbare Anleihe, deren Mindestbeitrag der Finanzmann Barbara aber auf zehn Milliarden befristet, um neben der Wahrung der Reparationspflicht, auch der Zerschlagung der Industrie die notwendigen Produktionskredite zu geben. Die Summe auch nur während, wenn nicht über eine Herabsetzung der deutschen Gesamtzahlungen und eine Unterbindung der Zankstellen in Hand zu legen. Auf eine derartige Anleihe magen heute aber selbst die größten Optimisten nicht zu hoffen.

Die neue Anzahl der Termine ist dazu noch verknüpft mit einer Finanzkontrolle, die das Grad der deutschen Souveränität bedeutet; auch wenn man diese Kontrolle mit Nachprüfungen umherschreift und davon absieht, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten. Das sind keine Worte, die an der Tatsache nicht ändern, daß die Regierung den Mann Willen des Reichstages, die Finanzkontrolle auf alle Fälle abzuschließen, nicht und das Gegenteil von dem ist, was die Souveränität der Volksgewalt ihr verschaffen hat. Wo bleibt hier der Volkswille? Die Nachprüfungen heißen Finanzkontrolle, und die Finanzkontrolle ist das Ende der Finanzfreiheit, des Hauptzeichens der Souveränität. Und diese Finanzkontrolle ist nicht eine Garantieaufnahme für Gläubiger, die uns Kredite geben, sie ist uns auch nicht aufzuzwingen werden. Aus dem Weg der Verantwortung für ihre verfehlte Politik hat die Regierung zu machen, aus blindem Vertrauen die finanzielle Selbständigkeit verkauft und die Fälschung Deutschlands geübt; denn sie wird über die Steuermaßnahmen mit der Reparationskommission „ins Rechenbuch treten“ und das Garantiekomitee wird dafür sorgen, daß hinterher und sozialer Fortschritt im Namen des französischen Militarismus unterbunden werden, daß eine neue fremder Einwirkung eine Finanzwirtschaft nach hiesigen Bedürfnissen unmöglich macht. So weit hat uns heute die Wirtschaftserfüllungspolitik gebracht, ohne auch nur irgend welche sicheren neuen Zeichen die Befreiung einer Anleihe oder Milderung der Zwangsmaßnahmen dafür einzutauschen.

Banken und Handel gegen die Zwangs-anleihe.

Berlin, 30. Mai. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Finanzgewerbes, des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes, die Hauptvereine des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Reichsverband des Deutschen Einzelhandels und der Reichsverband des Deutschen Großhandels veröffentlichen eine Erklärung zur bevorstehenden Zwangs-anleihe. Sie widersprechen mit Rücksicht auf die Gestaltung der Wirtschaftslage der Auslieferung der Anleihe zu einem einzigen Zeitpunkt und fordern Verteilung auf mehrere Termine. Sie fordern Rücksicht auf Erhaltung der Betriebsvermögen und eine bessere Ausstattung der Anleihe, sprichweise Verzinsung vom vierten Jahre ab, Annahme der Anleihe zum Nennwert auf verschiedene Stufen, Befreibarkeit der Anleihe usw. Die Verbände vermahnen sich dagegen, daß die Absichten auf die Zwangsanleihe als eine Veranschlagung des künftigen Vermögens sollen gelten können.

Auch der Grundbesitz protestiert.

(Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 31. Mai. Der Schuyverband für den deutschen Grundbesitz hielt heute in Berlin eine außerordentliche Delegiertenversammlung ab, die sich in schärfster Weise gegen das Reichsmietengesetz wendete. Unter den zahlreichen Rednern befand sich auch der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Oberbörsen, der u. a. ausführte, durch die Belastung des Vermögens werde eine katastrophale Verringerung der Vermögenssubstanz eintreten, da die Zwangs-anleihe als Mittelglied zwischen Steuer und Anleihe eine Umlage auf das Gesamtvermögen des Volkes darstelle, eine Vermögenskonfiskation größten Stils. Der Kurs dieser Zwangs-anleihe werde sich bestenfalls nicht über 50 bewegen, so daß etwa 70 Prozent des zusammengehörigen Vermögens von vornherein als a fonds perdu gesetzt werden. Die ungeheure Abschöpfungsprozesse aus dem Besitz des Volkes werde ohne Effekt dienen, da die Reparationszahlungen auch mit den Mitteln aus der Zwangs-anleihe nicht zu leisten sind. Die Abschöpfung werde sich gegen den Mann mit der „Schwiegelig Frau“ wenden und Arbeitslosigkeit und damit Hunger im Gefolge haben. Der lebensgefährliche Stand der Reparationsfrage bedrohe die schicksal und bodenständigen Teile des Volkes, die im wesentlichen Träger des Volkvermögens sind und zwingen sie zu einem erbitterten Kampfe um ihre Existenz, der gleichzeitig ein Kampf um die Erhaltung der deutschen Kultur sei. Entschlossen angenommen wurde eine Entschließung, die die Regierung vor weiteren Erschütterungen des Wirtschaftslebens warnt und in der der Grundbesitz auf dem Lande und in der Stadt gegen die Entreibung der Zwangs-anleihe protestiert.

Verliches und Sächsisches.

Mitteilungen aus der Gesamtsitzung vom 30. Mai 1922.

Von den im vorjährigen Haushaltsplan zur Einrichtung des Turnbetriebes für Knaben- und Mädchen-Portbildungsschulen eingesetzten Vermögensgegenständen werden je 50.000 Mk. zum Ankauf der notwendigen Sportgeräte zur Verfügung gestellt.

Nachdem der zum 1. Bauinspektor im Baupolizeiamt gewählte Magistratsbauart Leonhardt in Folge der Wahl nicht angenommen hat, wählt man an seiner Stelle Regierungsbauart Dr. Conert in Dresden.

Zur Instandsetzung und Aenderung der Verlebsanlagen im Maria-Kunna-Kinderhospital bewilligt man weitere 150.000 Mk. zur Veranschlagung un-erwartet der Veranschlagung des diesjährigen Haushaltsplanes.

Wegen Gewährung von Stillprämien wird dem abweichenden Beschlusse der Stadtverordneten, wonach die Mittel von 10.000 Mk. auf 50.000 Mk. und die Einkommensgrenze, bis zu der die Prämien gezahlt werden sollen, auf 30.000 Mk., sowie die Prämienhöhe erhöht werden sollen, mit der Maßgabe beigestimmt, daß Stillende, denen Reichs-wochenhilfe oder -fürsorge nicht zuteil wird, noch 3 Monaten Stillzeit 300 Mk. erhalten.

Eine Bezirksanstalt in Struppen?

Die Frage, ob der Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt seine Wohlfahrtsvereine durch den Erwerb der Anstalt in Struppen vergrößern sollte, hatte den Bezirksausschuß schon in seiner letzten Sitzung beschäftigt, die er in dem Kinderheim auf dem Heideberge (früheres Kurhaus Wettin) abgehalten hatte. Sie bildete den Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung des Bezirks- und des Pflege-ausschusses, die nach einer geschlossenen Vorberatung des letzteren am Mittwoch unter Vorsitz des Amtshauptmannes Dr. v. Guerber stattfand.

Der Amtshauptmann legte die Gründe noch einmal dar, die ihn bewegen haben, das Projekt gerade jetzt ernsthaft ins Auge zu fassen. Die Auseinandersetzung des Bezirks mit der Stadt Dresden wegen der nach Dresden einverleibten Gemeinden steht vor dem Abschluß. Am 1. Juli, so ist zu erwarten, wird dem Bezirk voraussichtlich eine Summe von 84 Millionen aufliegen, über deren Verwendung es nun gilt, sich schlüssig zu werden. Ein Teil davon soll zur Abdeckung der hochverzinslichen schwebenden Schulden des Bezirkes dienen; für den anderen will man versuchen, Sachwerte zu kaufen, wie sie die Anstalt Struppen a. B. darstellen würde. Dazu kommt, daß ein Bedürfnis für ein Heim zur Erholung schwächlicher, durch Krankheiten mitgenommener Kinder besteht und sich wohl noch steigern wird.

Nach gründlichen Erhebungen hat sich die Amtshauptmannschaft dabei entschlossen, die Möglichkeit dem Bezirksausschuß zu unterbreiten. Sie hält dafür, daß man 1/2 Million für den Ankauf der Anstalt aufwenden müßte, 1/2 Million ferner für die nötigen baulichen Aufwendungen. Durch Abmägung der Bezirksanstalt Reuben, deren Direktor Bloß auch die neue Anstalt übernehmen würde, hofft man, möglichst billig verfahren zu können. 150 bis 200 Kinder können in der Anstalt alsbald Unterkunft finden. Die Verlegung der Anstalt zu meinstens drei Viertel auf zehn Jahre würde man vertraglich sicherstellen.

Nachdem einzelne Angehörige des Pflegeausschusses sich für den Plan ausgesprochen hatten, nahm Gemeindevorstand Hans Riedel (Bezirksausschuß, Mitglieder) das Wort. Er erklärte, auch nach den neuen Darlegungen an seinem abweichenden Standpunkt festhalten zu müssen. Den Erwerb von Sachwerten billige er, aber hier handle es sich um ein völlig heruntergewirtschaftetes Grundstück, das noch dazu mit schweren Verpflichtungen behaftet in den Besitz des Bezirkes übergehen würde. Man wolle das von Dresden zu erwartende Geld investieren. Dann möge man Beschlässe erst fassen, wenn man das Geld habe. Im Augenblick, wo eine neue Gemeindevorstellung bevorstehe, die auch für die Amtshauptmannschaften gänzliche Veränderungen bringen dürfte, könne man eine derartige Aufgabe nicht anfangen. Eine Aufgabe, die noch dazu das Bedürfnis und Können des Bezirkes weit übersteige. Das sei eine Sache für den Staat oder für die Landesversicherungsanstalt. Warum stöße denn der gegenwärtige Besitzer das Unternehmen ab? Es ist eben unrentabel. Nicht die Anschaffungskosten dürfe man betrachten, sondern die Kosten für die dauernde Erhaltung. Klempnermeister Stoß schloß sich diesen Ausführungen an und argumentierte besonders, man solle die zu erwartenden Vergrößerungen lieber zum Ausbau und zur Verbesserung der vorhandenen Bezirksanstalten verwenden, von denen das Kinderheim auf dem Heideberge eine Förderung besonders verdiene, statt neue unübersehbare Engagements einzugehen. Allein die in Struppen nötige Klar- und Klostertanlage würde gewaltige Mittel verschlingen. Im weiteren Verlauf traten die beiden sozialistischen Vertreter Kamp-Bordorf und Menzel zusammen. Letzterer hatte sich gegen das Projekt ausgesprochen, weil die fortschreitende Verarmung des deutschen Volkes allem guten Willen gegenüber die Einräumung der Wohlfahrtsvereine bedingen würde; Kamp sprach sich für den Kauf aus. Gutwirthlicher Vahr (Landwirtschafts-

Anzeigen für die Pängstnummer

bitten wir uns rechtzeitig, spätestens bis Freitag, den 2. Juni, 6 Uhr nachmittags, aufzugeben.

Familien-Anzeigen

werden bis Sonnabend, 10 Uhr vormittags, angenommen.

Verlag der Dresdner Nachrichten
Anzeigen-Abteilung.

vertreter) faßte die Einwendungen der Bürgerlichen ergänzend zusammen. Er bemängelte besonders die Tatsache, daß nach Reuben nun auch diese Anstalt außerhalb des Bezirkes liegen würde. Auch Gemeindevorstand Kühnel-Vangebrück (Pflegeausschuß) äußerte starke Bedenken. Eine Abstimmung des Pflegeausschusses führte zur Annahme eines Entschlusses (gegen eine Stimme), durch das dem Bezirksausschuß der Erwerb der Anstalt empfohlen wird. In folgender Sitzung stimmte dann der Bezirksausschuß ab. Die Stimmen fielen 3:3 (bei einer Stimmenthaltung). Mit der entscheidenden Stimme des Amtshauptmannes wurde festgesetzt, daß das Projekt noch der Bezirksversammlung vorgelegt werden soll. Freilich erklärte Dr. v. Guerber, daß er bei ähnlichem Abstimmungsergebnis seine 2. Stimme gegen den Plan abgeben würde.

Automobil-Turnier.

Die Verwendung des Verbrennungsmotors als Triebkraft für öffentliche Verkehrsmittel hat in den letzten Jahren eine ungeheure Verbreitung gefunden. Als unmittelbare Folge dieser gewaltigen Zunahme der Kraftwagen und Motorräder ist aber leider auch eine recht beträchtliche Steigerung der Unfälle im Straßenverkehr zu verzeichnen, die allerdings zum größten Teil in der Unachtsamkeit, sehr oft auch in einem geradezu sträflichen Leichtsinne der Strassenpassanten ihre Ursache haben. Immerhin wird man jedoch manchmal die Kraftfahrer vor Schuld nicht freisprechen dürfen. Wegen das übermäßige Rollen gewisser „Herrenfahrer“ und Chauffeurs muß mit allen Mitteln eingeschritten werden und die sportlichen Organisationen sind die letzten, die ein solches den schönen Sport und die Allgemeinheit gleich schwer schädigendes Treiben aufzuheben.

Der Sächsische Automobil-Klub, der sich von jeher bemüht, die Gefahren des Kraftfahrports nach Möglichkeit zu bannen, hat seinen bisherigen Verdiensten auf diesem Gebiete nunmehr ein neues hinzugefügt, indem er einmal die Geschwindigkeit und Kaltblütigkeit seiner selbstfahrenden Mitglieder ganz energisch auf Herz und Nieren prüfen ließ. Zu diesem Zweck hatte das Präsidium als Reue für Dresden ein Automobil-Turnier ausgeschrieben, das am gestrigen Mittwoch nachmittag auf dem Kasernenhofe der Kraftfahr-Abteilung 4 in der ehemaligen 177er Kaserne an der Marien-Allee vor einer großen Zahl von Zuschauern, unter denen man auch den Chef der Landespolizei, Geheimrat Dr. Adolph, Polizeipräsident Grille und den Delegierten für das Verkehrsweien, Oberregierungsrat v. d. Planig, sowie viele Offiziere der Kraftfahr-Abteilung mit Major Gaisert an der Spitze bemerkte, zur Austragung gelangte. Die Prüfung umfaßte drei Aufgaben, die sämtlich an die Geistesgegenwart der Fahrer und an ihre Vertrautheit mit dem Motor die höchsten Anforderungen stellten. Zunächst wurde eine Kraftwagen-sahrt ausgeschrieben, an der 17 Bewerber teilnahmen. Hier waren schmale Tore zu passieren, eine Gerade auf einer Hohlkehle vor- und rückwärts und ein enger Kreis darauf zu durchfahren, daß die Räder die Spur nicht verließen, wobei zahlreiche Knallbomben zur Detonation gebracht werden mußten, eine in scharfen Kurven gezogene und durch Regel markierte Schlangenlinie zu nehmen, dann in einer Sackgasse zu wenden und durch die Schlangenlinie wieder zurückzufahren. Bewertet wurde die Mindestzeit, die Zahl der detonierten Bomben und der Hebegebühren. Den ersten Preis errang sich Frau Beckrun mit 1574 Punkten. Die Dame feuerte ihren schußigen Protoswagen durch die Hindernisse mit einer Ruhe und Gelächlichkeit, die um so erstaunlicher erscheint, als Frau Beckrun erst vor zwei Monaten den Führerschein erworben hat. Den zweiten Preis erhielt Herr Hoffmann (1345 Punkte), den dritten Leutnant Fuchs (1341 Punkte).

Die zweite Aufgabe war den Motorrädern vorbehalten. Hierzu erschienen drei Herren am Start. Auf einer geraden Straße waren wieder mit den Pneu's Knallbomben zu entzünden, Tore zu passieren, eine schmale Brücke zu überfahren, ein tiefes Sandfeld zu durchqueren, ein Gatter zu öffnen und zu schließen und schließlich sich durch das Regellabyrinth durchzuwinden. Erster Sieger

wurde Oberleutnant Philipp, zweiter Herr Herrmann.

Die spannendsten Momente bot die dritte Konkurrenz in Gestalt einer Wippenfahrt, an der 18 Bewerber teilnahmen. Hier mußte eine leicht bewegliche Brücke befahren und durch langsame Vorrücken möglichst lange in der Schwebe gehalten werden. Diese Aufgabe stellte an die Geschwindigkeit die höchsten Anforderungen; der Fahrer mußte die Schaltung genauestens in der Hand haben und durfte keinen Augenblick zu früh oder zu viel Gas geben, da sonst die beinahe millimeterweise errungene Balance verloren ging. Schallendes Gelächter ertönte oftmals, wenn ein Konkurrent mühsam endlich das Gleichgewicht gefunden hatte und das Abwärtsinken der Wippe durch Zurückbeugen des Körpers aufzuhalten suchte. Erster wurde mit 8% Sek. Schwebezeit Leutnant Fuchs, zweiter Oberleutnant Philipp (7% Sek.), dritter Dr. Burgmann (7% Sek.).

Nach dem Turnier vereinigten sich die Klubmitglieder mit ihren Gästen im Konzertsaal des Ausstellungspalastes zu einem Gesellschaftsabend. Der Präsident, Sanitätsrat Dr. Schmidt, betonte in seiner Begrüßungsrede den erheblichen Wert einer solchen Prüfung und dankte den Herren der Turnierleitung, insbesondere Prof. Sawrjntof und Major Gaisert, für die sorgfältige Vorbereitung und glatte Abwicklung des Programms. Dann erfolgte durch Prof. Sawrjntof die Preisverteilung.

Die Preise für Rots aus den sächsischen Gäderten betragen von heute, 1. Juni, ab für Steinlohtof und Verkof im Kleinverkauf und bei Abhängen 75 Mk., für Braunlohtof und Grus 40 Mk. allenthalben für einen Pektoliter ab allen sächsischen Werken.

Wichtig für Ferienreisende. Wer die Zeit über, in der die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren ausliegen, also in den Tagen vom 6. bis 19. Juni, von seinem Wohnort abwesend ist, muß sich, wenn er an dem Volksbegehren teilnehmen will, von der Gemeindebehörde seines Wohnortes einen Stimmzettel ausstellen lassen. Auf Grund dieses Stimmzettes ist die Einzeichnung in die für das Volksbegehren ausgelegten Listen an jedem beliebigen sächsischen Orte möglich. Für die Stadt Dresden stellt das Wahl- und Stimmamt, Dresden-A., Landhausstraße 17, diese Stimmzettel aus.

Die ehemaligen Provinzialamtsanlagen bzw. Teile dieser in Dresden, Bautzen, Pirna, Riesa, Großenhain und Königsbrück sollen vermietet werden. Angebote müssen bis spätestens 15. Juni bei den zuständigen örtlichen Dienststellen abgegeben werden. Es sind dies für Dresden das Finanzamt Dresden-Alberstadt, für Königsbrück das Finanzamt Dresden-Alberstadt, für Riesa das Finanzamt Riesa, für Pirna das Finanzamt Pirna, für Riesa das Finanzamt Riesa, für alle anderen Anlagen das örtliche Finanzamt. Hilfsstelle Reichshagenverwaltung. Bei diesen Dienststellen sind auch die Bedingungen usw. zu erfahren.

Zementbelieferung von Wohnungsbauten. Das Reichswirtschaftsministerium hat den Deutschen Zementbau und veranlaßt, die Wohnungsbauten, die mit Baufostenzuschüssen oder Mitteln für Bergamtswohnungen hergestellt werden, vordringlich mit Zement zu beliefern. Dies soll auf Grund von Dringlichkeitsbezeichnungen erfolgen, ohne daß in der bisherigen Art des Bezuges des Zementes eine Aenderung eintritt. Für das Gebiet des Freistaates Sachsen werden die Dringlichkeitsbezeichnungen durch das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — ausgehellt. Ueber das Verfahren im einzelnen erteilt die zuständige Baupolizeibehörde Auskunft.

Der zweite diesjährige Jahrmarsch — Johannismarsch — wird vom 25. bis zum 27. Juni abgehalten. Sonntag, den 25. Juni, ist das Auspucken und der Warenverkauf von 11 Uhr vormittags an getoitet. Am Sonntag ist der Warenverkauf spätestens abends 6 Uhr, an den beiden anderen Tagen spätestens abends 7 Uhr einzustellen.

Zum Ueberfliegen Klingens durch französische Flieger. Am 29. Mai überflog ein mit der französischen Flugfarbe gekennzeichnetes französisches Flugzeug die Gegend von Klingenthal und Ruidenberg. Diese Nachricht hat in Dresden einiges Aufsehen erregt. Man hörte u. a. die Ansicht, daß es sich um ein von der tschechischen Regierung mit Vandesaufnahmen beauftragtes französisches Flugzeug handle, das in Luftennis die Vandesarene überflogen habe. Was der Tschechien Sachdienlich an Berliner amtlicher Stelle erfährt, ist der Vorfall „ganz bedeutungslos“, da die verbündeten und assoziierten Mächte nach dem Versailler Friedensvertrag, Artikel 200, während der Okkupationszeit generell die Verletzung haben, deutsche Gebiete zu überfliegen. (1)

Vom Verband nationalsozialistischer Soldaten e. V. erfolgte am 20. Mai im „Zaunhof“, Strießen, die Gründung der Ortsgruppe „Dresden-N“. Die eingeladenen Gäste traten nach Kenntnisnahme der Ziele fast vollständig der Ortsgruppe bei. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Kamerad Korvettenkapitän v. Abendrot, begründete die neue Gruppe unter Betonung der Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller Nationalsozialisten in einer Epigengruppe, zur Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie für eine nationale Einheitsfront mit allen verfassungsmäßig erlaubten Mitteln. Im

Bl. 254
Dresdner Nachrichten
Donnerstag, 1. Juni 1922
Seite 3

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: Orpheus und Euridice (48). Schauspielhaus: Volksvorstellung: „Die Journalisten“ (48). Neustädter Schauspielhaus: „Heinrich der Beglückte“ (48). Reilbender Theater: „Das verwunschene Schloss“ (48). Central-Theater: „Baronchen“ (48).

† Ausstellung in der Sächsischen Landesbibliothek. Vom 1. Juni ab ist in einem Saale des Erdgeschosses der Landesbibliothek die Ausstellung seltener und seltenerer Bücher wiedereröffnet. Die seit Kriegsende nicht mehr zugänglich war. Man sieht da wieder in Schauläfen eine Anzahl alter Handschriften des 2. vorchristlichen bis zum 16. nachchristlichen Jahrhundert, darunter so seltene Stücke, wie die Weizner Chronik des Nischolus Chetmar von Weizburg, die berühmte Maya-Handschrift, einen Band Meisterlieder des Hans Sachs, Briefe von Melancthon, Dürers Studienbuch zu seiner Proportionenlehre, Schriftstücke von Cranach und Luther. Aus unserer Zeit sind eine Handschrift der Jubelouvertüre Bebers, ein Brief von Wagner, die Domstaubeurkundung A. W. Schlegels, Dante-Studien von Philaetes und andere seltene Schätze zu sehen. Eine Abteilung Orientalia zeigt chinesische Drude, den „goldenen Brief“ des Königs von Sain, Papyrusfragmente, sonstige verlässliche Handschriften, einen Pracht-Koran und andere Schriftwerke des Orients. Unter den alten Druden sind ein Druckstück der 42-jährigen Gutenberg-Bibel, Schiedels Weltchronik und seltene historische und geographische Werke zu finden. Diese im wesentlichen schon bekannte Sammlung wertvoller Bücher wird nun ergänzt durch die Ausstellung kostbarer Gläubender aus dem Besitz der Landesbibliothek. In diesen Büchern meist geschichtlichen oder theologischen Inhalts ist in der Zeit der Einband das Kostbare, da sie Reize jener Wundersamkeit darstellen, die sich der Kunst der Kunst Mitte des 16. Jahrhunderts von seinem Buchbinder Kranke bilden ließ. Bis Mitte des vorigen Jahrhunderts war der Name dieses Künstlers vergessen, erst danach wurde man auf den alten Meister wieder aufmerksam und Prof. Verling widmete ihm eine Studie, in der er circa 150 Bände, davon 60 in unserer Bibliothek, als Kranke'sche Arbeit nachwies. Es ist nun das Verdienst des letzten Oberbibliothekars der Landesbibliothek Richter, in mühevoller Forderung die Zahl auf 681 Bände verbürter Bände Kranke's gebracht zu haben, die schon materiell einen gemaltigen Wert darstellen. Rän-

terisch aber offenbart sich der Buchbinder des Vaters Anstalt als Meister ersten Ranges in seinem Fache, der an Gestaltung und Geschmack auf hoher Stufe steht. Die Bände in Schweinsleder, Pergament und rotem Kalbsleder zeigen eine verschwenderische Fülle immer üppiger wuchernder Renaissance-Ornamente, die Krause allein einwarf und technisch ausführte. Jeder Einband hat andere, neue Details und Bänderverzierung, und selbst der vergoldete „Schmitt“ vieler Bücher trägt phantastische Ornamentik. Aus anfänglicher Einfachheit der Pressung entfaltet sich Krause's Gestaltung zu immer reichlicher, fast überladener Schmuckwirkung der Schilder, Wappen, Karuschen, Schließen, Randzierchen. Ein Bild auf spätere Buchbinderarbeiten französischer Meister, die in Schauläfen an den Besuchern zu sehen sind, belehrt, wie dann die Führung an Frankreich überging und wieder zu großer Einfachheit hinleitete. Aber Jakob Krause gilt uns heute mit Recht als größter deutscher Renaissancekünstler dieses kunstgewerblichen Zweiges, und die Anjüngung seines Wertes ist ein Stolz unserer Landesbibliothek.

† Kammermusiker Professor Paul Lange-Frohberg ist am Dienstag in Dresden gestorben. Er hand im 81. Lebensjahre und gehörte der Musikalischen Kapelle unserer Oper seit fast 40 Jahren an. Ein Enkel des einst in Dresden allgemein bekannten und beliebten Stadtmusikdirektors Lange, begann er frühzeitig seine künstlerische Ausbildung und Tätigkeit, schon um für seine Eltern sorgen zu können, und verließ als Schüler von Lauterbach das Dresdner Konservatorium mit besonderer Auszeichnung. Einige Zeit war er in auswärtigen Konzertmeisterstellen, bis er 1890 für eine Kammermusikerstelle als Violinist der zweiten Geige in die Dresdner Kapelle berufen wurde. Im Tonkünstlerverein hat er oft Solo gespielt; im Quartett von Roppoldi und Grimmacher vertrat er viele Jahre die zweite Geige. Trotz seiner vorzüglichen Leistungen glückte es ihm erst in der letzten Zeit, den 1. Konzertmeister in der Kapelle zu vertreten und schließlich zu wirken. Paul Lange-Frohberg war ein echter Künstler und vorzüglicher Meister seines Instruments; er hat in jahrzehntelanger Lehrtätigkeit am Konservatorium eine große Anzahl tüchtiger Schüler herangebildet. Als feiner, vornehmer Mensch war er beliebt und angesehen unter seinen Kollegen, die ihn mit der gesamten Musikwelt Dresdens betrauten.

† Atombau und Röntgenspektren. Dr. Weiser, Privatdozent für Röntgenkunde an der Dresdner Theresien-Hochschule, gab kürzlich in seiner Antrittsvorlesung einen Ueberblick über die hauptsächlichsten Anwendungsgebiete des Röntgenverfahrens. Er betonte,

daß es in den ersten 15 Jahren fast nur für die Tier- und Menschenheilkunde eine besondere Bedeutung gehabt hätte. Im Jahre 1912 wies Professor v. Laue mit Kristallgittern die Wellenform der Röntgenstrahlen durch Beugungserscheinungen nach und stellte damit die Molekularforschung der Kristalle auf eine neue Grundlage. Ingleich gab er den Antrieb zur Entwicklung der Röntgenphysik. Dieses neue Verfahren hat unsern Einblick in das Innere der Atome wesentlich erweitert. Man fand, daß jedem Element, welches sich als Antikathode (Positive Elektrode) in eine Röntgenröhre einbauen läßt, ein bestimmtes Röntgenspektrum eigen ist, an welchem es schneller und sicherer erkannt wird als durch die gewöhnliche Spektroskopie. Röntgenspektren unterscheiden sich von den Lichtspektren durch einen sehr einfachen Aufbau aus nur wenigen Liniengruppen. Sie lassen sich daher ohne Schwierigkeiten überblicklich zusammenstellen. Wenn man die Elemente in derselben Reihenfolge untersucht, wie sie im periodischen System stehen, dann rücken die Röntgenspektren von Element zu Element sprunghaft um einen bestimmten Betrag weiter. An fünf Stellen rücken sie jedoch um den doppelten Betrag fort, ein Zeichen, daß hier noch fünf unentdeckte Elemente zu suchen sind, deren Eigenschaften bereits weitgehend vorausgesagt werden können. Die Röntgenspektren und nicht die Atomgewichte sind ein sicheres Kennzeichen für ein jedes chemisches Element. Sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Atomnummern, welche den Elementen ihren Platz im periodischen System anweisen. Damit aber treten sie zu den chemischen Eigenschaften ebenfalls in enge Beziehung. Beide sind, ebenso wie die Lichtspektren, gelegentlich verlaufende Ausdrücke der Atomtätigkeit eines jeden Elementes. Somit geben uns die Röntgenspektren einen wunderbar klaren Einblick in die Vorgänge im Innern des Atoms.

† Ein Meisterwerk von Dada nach Australien. Die australische Nationalgalerie ist um eines der schönsten und berühmtesten Werke von van Dux bereichert worden, die sich in England befinden. Es ist das Bildnis von Rachel de Rivignu, Gräfin von Southampton, das seit dem Jahre 1683 in ununterbrochener Erbfolge auf die bisherige Besitzerin Lady Lucas übergegangen war und sich lange als Leihgabe in der Londoner National Gallery befand. Das Bild, das 1688 gemalt wurde, ist eines der hervorragendsten Zeugnisse für den reifen Stil des großen Malers; die Wiederholungen, die sich im Besitze des Herzogs von Portland und des Earl Spencer befinden, stehen in ihrer Farbgebung gegen das Original weit zurück.

Jahreschau Deutscher Arbeit 1922: Deutsche Erden

Jägerhufe, im alten Märchenschloß, für jedermann zu bewundern ist. Ich habe es anständig begahlt. Die Summe erachtet dem Allen so hoch, daß er mir erfreut noch einen Hund zu meinem Einkauf schenkte, von welcher Tierart er einige Auswahl hatte. Das anfangs zuntische Geschöpf ist mir aber auf dem Nachhausewege wieder entlaufen, und ich kann mich heute nur noch dunkel in besonders lichtvollen Augenblicken auf sein Aussehen und seine Klasse erinnern.

Warum ich diese Geschichte erzähle? Weil sie bezeichnend ist für die einstige Verfassung bäuerlicher Keramik. Ja, waren die Teller und Schälchen Porzellan gewesen, sie waren schon damals überhäufig geworden. Aber Tonware, nur Tonware! Auch unsere Kunstforscher haben sich früher wenig mit der Volkskunst abgeben. Ihre Schwärze, das Volkstümliche, ist freilich schon lange ein Lieblingskind der literarischen Kreise gewesen. Derder ist wohl in Deutschland als der Hauptförderer volkstümlicher Bestrebungen anzusehen. Aber die Volkskunst galt wenig, ja sie war mißachtet. Ihre ursprüngliche Kraft, ihre Gesundheit waren dem Verfallenen nicht genehm. Auch heute ist noch viel zu tun, um unsere lächliche Volkskeramik, eine der stärksten in Deutschland, zu erheben. Ihre Veranschaulichung steht aber über allem Zweifel. Und doch — viele haben sich immer noch nicht befreit von dem Standpunkt der „höheren Tochter“, bei der alles „schick“ sein muß. Sich in Schokolade, sich in ein erster Irrender Tenor. Ein Topf aber braucht wahrlich nicht schick zu sein! Wir müssen die Volkskunst nicht nach ihrer Schönheit bewerten, und es erscheint mir oft, als ob unsere Erziehung nicht fertig gebracht hätte, einen guten Topf, einen Teller nach Gebühr richtig einschätzen zu können. Und doch ist von jeder unser Sammlerland führend in der keramischen Kunst gewesen, wie es ja auch das Porzellan erfinden hat. Und wenn wir aus älteren Zeiten nur noch wenig besitzen, so wollen wir uns erinnern, daß der Dreißigjährige Krieg nennlich viel von dem bäuerlichen Besitz vernichtet hat. Aber vergessen wir auch nicht, daß die städtische Keramik in den vergangenen Zeiten so handwerksmäßig, so ursprünglich war, daß wir die alte Keramik im besten Sinne als volkstümlich, als Volkskunst betrachten müssen. Wir brauchen nur an die schlichten Hebräerfiguren der Gotik zu denken. Ein unserer Zeit war es vorbehalten, schulmeisterlich folgende Weisheiten zu prägen: Kunst, Kunst, Handwerk, Kunstgewerbe, Volkskunst. Nach diesem Schulrezept wurde die kurze, materialreiche Volkskunst auf die letzte Stufe in der Klasse Keramik versetzt.

Am letzten Viertel des 17. Jahrhunderts blühte die Töpferei in Sachsen wieder lebendig auf und erreichte im 18. Jahrhundert eine hohe Höhe. Am meisten kam die Porzellanmanufaktur in Meissen, die in Sachsen schon im 11. Jahrhundert eine keramische wurde und die eine wichtige Handelsware bedeutete. Goldenburg können wir hier an erster Stelle erwähnen. Die Meister dieser Stadt erhielten schon 1509 den Innungsbrief, und ihre Erzeugnisse wurden in Deutschland, ja in Italien und in Antwerpen wegen ihrer Schönheit geachtet. Die Waldenburger Porzellanmanufaktur waren die „Kürschmitten in ganz Deutschland“. Auch Meissen und Glauchau waren alte Töpfereistätten. Meißner hatte einen ganz besonderen Ruf. Es hieß die Töpfe in ungewohnter Weise her. Meißner ist die Anekdote, wie einst Herzog Georg der Bärtige, nach anderer Lesart ist Herzog Heinrich der Römische gewesen, in solch einen Meißner Topf hineingeschoben sei, und daß der Topfgucker bei den vergessenen Verurteilten, aus seinem inneren Gefängnis wieder herauszukommen, das selbe schließliche gerätet hat.

Hannover wird weiterhin gerühmt. Von hier stammt der wunderbare blaueleichte mächtige Krug mit den bunt-

aufgelegten Schmuckformen, der sich im Dresdner Kunstgewerbemuseum befindet. Merzen Koller, Aueberg 1509, ist sein Hersteller. Es würde hier viel zu weit führen, wenn ich eine Chronographie der deutschen oder der sächsischen Töpferei zu geben versuchte. Eine große Anzahl sächsischer Dreieckbeherbergte fleißige und geschickte Meister, die an der Drehscheibe ihr Handwerk übten. Uralte Schmuckformen haben sich fast bis in die Neuzeit erhalten. So trugen die Braunen, in der Kunst in Gebrauch befindlichen Krüge zum Teil die verschiedenartigen, einfachen Verzierungen, die schon die Urnen der neolithischen Menschen schmückten. Und wahrlich, sie sind nicht dabei „bleich“ weggekommen. Wer's nicht glaubt, der überzeuge sich im Landesmuseum für Sächsische Volkskunst. Die Kunst zumal war eine Töpfereimeisterei. Baugen, Jütten, Bischofswerda, Königsdorf, Kamenz, Pulsnitz seien genannt. Die Bunzlauer waren erfreulich durch ihren weichen, aufgelegten Schmuck außerordentlich beliebt. Die Elbstädte Pirna, Meissen und Striescha, ferner Dohna und Dippoldiswalde sind nicht minder wichtig. Bis vor einigen Jahren hatten die Töpfer aus der Stadt des heiligen Dippold an der Kreuzkirche in Dresden einen besonderen Stand, also wie ihr älteste Schwärze, mit glänzender Glasur versehenes Kinderpielzeug, kleine Schüsseln, Krügelchen und Tellerchen, selbst. In Dresden verfertigten die Töpfer ihre Kinder noch im vorigen Jahrhundert sächsisches Tierspielzeug, das sogar noch haltbarer als die erzgebirgischen Erzeugnisse war. Ganz besonders lieb sind mir auch die halben Figuren, die Blumenfortbringerinnen und die Bauernburichen, an denen die Meister ihre Kunst übten. Rohren und Frohbürgern wollen wir nicht als rühmlich bekannte Töpfereistätten vergehen. Summa im letzten Orte hat Kurt Feuerriegel das alte Kunsthandwerk wieder zu neuen und verdienten Ehren gebracht, und die Frohbürger Keramik genießt heute Veranschaulichung in ganz Deutschland.

Die Halle von Eigenart, die aus den alten Werkstätten hinaus in die Welt zog, übertrifft und immer wieder von neuem. Noch heute wird wie ehedem die Töpferei handwerksmäßig betrieben, wenngleich manche Werkstätten sich zur Fabrik ausgewachsen hat und ihre Ware in großen Sendungen nach aller Herren Länder versendet. Und noch heute können wir erkennen, daß fast jeder Töpfer seine besondere Art bewahrt hat, und daß sich tüchtige Kunstgewerbetreibende, neue Formen und neuen Schmuck zu entwerfen.

In der Dresdner Jahreschau „Deutsche Erden“ werden wir nun unsere Kenntnis von der neuzeitlichen Töpferei bereichern. Die Ausstellung soll den Wertgehalt an Kunst zum Ausdruck bringen. Sie ist ohne Jury. Ein jeder Aussteller aber ist angefordert, von seinen Erzeugnissen nur Qualitätsware zu geben. Nicht ein Professorenkollegium ist verantwortlich, der oder jener Gegenstand Aufnahme findet; die Allgemeinheit wird Preisrichter sein über den Wert oder Unwert. Und die Ausstellung wird einen Beitrag bilden, daß Deutschland auch in harter Zeit in emsiger Arbeit seine Kulturwerte fördert.

Die Technik der Keramik.

Wer denkt wohl beim Betrachten der hübschen Tonwaren mit ihren glänzenden Glasuren über all die Sorgfalt und Mühe nach, die es gekostet hat, bis der fertige Gegenstand vor die Augen des Betrachters treten konnte? Wenn man vor der sich schnell drehenden Töpferscheibe steht und sieht, wie die Tonmasse in den kunstfertigen Händen des Formers die verschiedensten Gestalten annimmt, wie der Klumpen durch die schnelle Drehung herausgepreßt wird,

um die dünnen Wände eines Gefäßes zu bilden, und wie sich dabei die Linien ständig verändern, erhält man erst die richtige Anschauung von der Geschmeidigkeit der Tonmasse und ihrer Verwendbarkeit für die verschiedensten Zwecke. Wenn die gedrehten Formen getrocknet sind, erhält der Ton durch ein erstes Brennen die Härte des Steins. Die glücklichen Möglichkeiten, die das Keramikgewerbe dem Formtrieb bietet, sofern nur das sichere Gefühl für Proportion und Linie und der Blick für dekorative Wirkung vorhanden sind, erweitern sich, wenn man durch freies Modellieren auch plastische Wirkungen zu erzielen versteht. Dazu kommen dann die Farbenmöglichkeiten der Glasur, so daß es auch dem Unerfahrenen begreiflich wird, wie hier der Hand des erfahrenen Künstlers eine Vielfalt von Kombinationen zur Erlangung der schönsten Wirkungen zur Verfügung stehen.

Die Glasur ist eine feine zermahlene, in Wasser aufgelöste, glasartige Masse verschiedener Zusammenfassung. In diese werden mittels besonderer Handgriffe die vorher hartgebrannten Gegenstände getaucht. Um die verschiedensten Farben zu erhalten, mischt man der Glasurmasse sorgsam abgemessene Mengen verschiedener Metalloxide bei, z. B. Mangan für Violett, Kobalt für Blau, Antimon oder Uran für Gelb, Kupfer für Grün. Späterhin wird die Glasur mit wieder anders zusammengesetzten Mischungen anderer Metalloxide, Sulfate oder Nitrate bemalt. Ihre Wirkung muß im voraus aus allgenauere berechnet und ausprobiert sein. Eine Messerspitze auflöst von einem Tropfen kann das ganze gebrannte Lager unbrauchbar machen.

Schließlich kommt das endgültige Brennen, bei dem der fertig vorbereitete Gegenstand der Wirkung des Feuers ausgesetzt wird. Mit Spannung verläuft der Keramiker diesen Vorgang. Die Hitze wird während der zwanzig Stunden des Brennens mehr und mehr gesteigert. Die Feuerung muß Tag und Nacht vollständig gleichmäßig erhalten werden. Ein Nachlassen von kürzester Dauer, ein Ständchen Schlaf genügt, um den Inhalt des ganzen Ofens zu vernichten. Weißglühend seien die Tonwaren in seiner ungeheuren Glut. Durch ein kleines Loch in der Mauer beobachtet man die Veränderungen der Farben, um gerade im dem Augenblick, in dem die Glasuren zu schmelzen beginnen, die Feuerung unterbrechen zu können. Durch Verminderung der Glut und Zufuhr von Rauchgasen, die sich durch Sublimation von Teer, feuchtem Naphthalin oder ähnlichem ergeben, kann man die Farben gänzlich verändern und den metallischen Glanz erzielen, der als „Mästerglasur“ bekannt ist. Es ist ein Augenblick höchster Spannung, wenn der Ofen geöffnet wird und der Glasurmeister sieht, daß seine Berechnungen richtig gewesen sind, oder auch, daß die ganze Arbeit schiefgegangen ist.

Die Kunst der Keramik zerfällt in die beiden großen Hauptgruppen Faience und Porzellan. Die Porzellanmasse ist rein weiß und setzt sich in der Hauptsache aus Kaolin und Quarz zusammen; sie wird mit einer vollständig durchsichtigen Glasur versehen. Die Faience, die die reicheren künstlerischen Möglichkeiten bietet, wird aus natürlicher Tonmasse von roter oder gelblicher Farbe, die auf dem größeren oder geringeren Eisengehalt beruht, hergestellt. Hier unterscheidet man besonders Steingut oder feine Faience und Majolika. Die Glasuren sind teils durchsichtig gefärbt, teils ungeläut, oder es wird ihnen Zinnoxid beigegeben, das sie undurchsichtig macht. Solche Glasur wird später schwarz gefärbt und gibt einen guten Untergrund. Die eigentlichen Faiancen kamen aus der italienischen Stadt Faenza nach Frankreich und erhielten daher ihren Namen. Besonders berühmte Faiancen wurden später auch in Delft und in Straßburg hergestellt.

Dresdner Nachrichten Seite 10

Nr. 254

Mengen-Abgabe vorbehalten

Modehaus Renner / Dresden / Altmarkt

Renner Reste-Abwehrmittel

<p>Abschnitte</p> <p>Doppel, etwa 18 cm br. Damaste, etwa 48-50 cm breit</p> <table border="1"> <tr> <td>75 cm</td> <td>85 cm</td> <td>170 cm</td> </tr> <tr> <td>4.-</td> <td>13.-</td> <td>27.-</td> </tr> </table>	75 cm	85 cm	170 cm	4.-	13.-	27.-	<p>Barmer Languetten</p> <p>Reste in verschiedenen Längen</p> <table border="1"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>180</td> <td>5.-</td> <td>750</td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	180	5.-	750	<p>Besatz-Borte</p> <p>Reste verschiedener buntfarbiger Muster u. Breiten, im Meter</p> <table border="1"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>1.-</td> <td>2.-</td> <td>3.-</td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	1.-	2.-	3.-
75 cm	85 cm	170 cm																		
4.-	13.-	27.-																		
Serie I	Serie II	Serie III																		
180	5.-	750																		
Serie I	Serie II	Serie III																		
1.-	2.-	3.-																		
<p>Blusenstoff, Reste 1-3 Mtr., dunkel gestreift und kariert, im Rest Meter 36.-</p> <p>Wachstoff, Reste 1-3 Mtr., Bouffant, gebil., hell u. dunkl., im Rest Meter 68.-</p> <p>Perkal, Reste 0,50-2 Mtr., für Eingänge u. Oberhemden, im Rest Meter 68.-</p> <p>Kleiderstoff, Reste 1-3 Mtr., hell u. dunkel, aus Blusen, im Rest Meter 78.-</p> <p>Wachstoff, Reste 0,50-2 Mtr., Sat., gebil., hell u. dunkl., im Rest Meter 90.-</p> <p>Wachstoff, Reste 0,75-3 Mtr., pa., hellblau, 110 cm br., 4 Rest Meter 128.-</p>	<p>Künstlerleinen, Reste, vielseitig verwendbar, besonders preiswert, 150</p> <p>Rissenplatte, Reststücke, hellfarb., gemischt, Phantastegem., Querleist., im Rest Meter 850</p> <p>Gobelin, Niederbecken, o. Kristall, zusammengef., wirkungsv., hell, 28.-</p> <p>Kretonne, Reste, bedruckt, m. neuzeitl. Blumenmuster, im Rest Meter 35.-</p> <p>Grépe, Reste, besond. starkfärbig, bedruckt, schöne Must., im Rest Meter 38.-</p> <p>Wachstoff, Reste, verschied. Muster, 1 bis 1,50 Meter lang, im Rest Meter 72.-</p>	<p>Hembdettuch Reste, feinstäd., 1,50 bis 3 Meter lang, im Rest Meter 2750</p> <p>Hembdettuch Reste, mittelstäd. Ware, 1 bis 1,50 Mtr. lang, im Rest Meter 35.-</p> <p>Hembdettuch Reste, starkfärb., 1 bis 3 Mtr. lg., sehr preisw., im Rest Meter 43.-</p> <p>Linn Reste, f. Bettwäsche, 1,40 br., 2,25 bis 4 Mtr., lang, im Rest Meter 94.-</p> <p>Handtuch Reste, weiß, 1 bis 4 Mtr. lg., Gerüst u. Dreil., im Rest Meter 2275</p> <p>Handtuch Reste, grau, rein, fein., f. 6,50 Mtr. lg., ff. Qual., im Rest Meter 3950</p>	<p>Stickerie Reste, in schmalen Breiten u. verschied. Mustern, im Rest Meter 375</p> <p>Stickerie Reste, Madapolam, verschied. Muster, bes. preisw., im Rest Meter 850</p> <p>Stickerie Reste, verschiedene Muster, besond. preiswert, im Rest Meter 1380</p> <p>Stickerie Reste, Ein- u. Anlag, versch. schöne Muster, im Rest Meter 1750</p> <p>Stickerie Reste, Madapolam, Ein- u. Anlag, in versch. Must., im Rest Meter 21.-</p> <p>Stickerie Reste, Ein- u. Anlag, versch. Muster, sehr preisw., im Rest Meter 2550</p>																	
<p>Hut-Bänder</p> <p>Reste in verschiedenen Längen und Breiten</p> <table border="1"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>2.-</td> <td>3.-</td> <td>6.-</td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	2.-	3.-	6.-	<p>Blusen-Bändchen</p> <p>Reste, ca. 60 cm lang, diverse Ausführungen</p> <table border="1"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>3.-</td> <td>4.-</td> <td>5.-</td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	3.-	4.-	5.-	<p>Haar-Bänder</p> <p>Reste, zahlreiche Farben, ca. 1 Meter Länge, versch. Breiten</p> <table border="1"> <tr> <td>Serie I</td> <td>Serie II</td> <td>Serie III</td> </tr> <tr> <td>7.-</td> <td>10.-</td> <td>18.-</td> </tr> </table>	Serie I	Serie II	Serie III	7.-	10.-	18.-
Serie I	Serie II	Serie III																		
2.-	3.-	6.-																		
Serie I	Serie II	Serie III																		
3.-	4.-	5.-																		
Serie I	Serie II	Serie III																		
7.-	10.-	18.-																		
<p>Gardinenstoff, für Schließvorhänge, in weiß und bunt, im Rest Meter 25.-</p>	<p>Gardinenstoff, in verschiedenen netten Mustern, im Rest Meter 32.-</p>	<p>Spannstoff in moderner Kleinmusterung, im Rest Meter 38.-</p>																		

Ullstein-Schnittmuster / Unsrer Versand-Abteilung erledigt für auswärtig Wohnende umgehend alle Bestellungen / Ullstein-Schnittmuster

Renner

Modehaus Dresden Altmarkt

